

AUS DER REGIERUNG

Abschussplan für das Jagdjahr



VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 21. April die Verordnung über den Abschussplan für das Jagdjahr 2009/2010 erlassen. Vor dem Hintergrund der Schutzwaldproblematik ist insbesondere der Rothirschbestand zu reduzieren, wobei es schwierig ist, mit zahlenmässigen Zielvorgaben über den zu erreichenden Abschuss eine solche Reduktion zu erreichen. Die Regierung hat deshalb auf Empfehlung des Jagdbeirats ein zweistufiges Vorgehen beschlossen, mit welchem besonders der Rothirsch-Winterbestand reduziert werden soll. Dieses im Winter in den Schutzwaldlagen anzutreffende Wild ist im Wesentlichen für die vor allem im Spätwinter eintretenden Verbißschäden verantwortlich. (pafl)

Wie das «Volksblatt» exklusiv berichtete, steht die Ampel für den Industriezubringer in Schaan endgültig auf Grün.



Der Industriezubringer wird Wohnquartiere und die Lindenkreuzung entlasten, sagen die Befürworter. LGU und VCL bezweifeln dies allerdings.

Zubringer bleibt umstritten

Umweltverbände von StGH-Urteil enttäuscht – Kritik an Verbandsbeschwerderecht

SCHAAN – Der Industriezubringer in Schaan sorgt weiter für hitzige Debatten. LGU und VCL kritisieren das Urteil des Staatsgerichtshofs, Elmar Kindle fordert eine Änderung des Beschwerderechts.

• Michael Benvenuti

Wie das «Volksblatt» exklusiv berichtete, steht die Ampel für den Industriezubringer in Schaan endgültig auf Grün.



Elmar Kindle, Abgeordneter der FDP, sieht beim geltenden Verbandsbeschwerderecht Handlungsbedarf.

Der Staatsgerichtshof hat eine Beschwerde von LGU und VCL gegen ein VGH-Urteil zurückgewiesen und damit den Weg für das lange geplante Strassenbauprojekt geebnet. Eine Entscheidung, die bei Land und Gemeinde Schaan mit Freude aufgenommen wurde. «Nun kann ein wichtiges Bauvorhaben, das der Strategie «Mobiles Liechtenstein 2015» entspricht, umgesetzt werden», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer.

LGU und VCL sind besorgt

Auch beim Schaaner Vorsteher Daniel Hilti war nach dem jahrelangen Hickhack «die Erleichterung über das Urteil sehr gross», wie er im Interview mit «VB Online» ausführte. Ärger darüber, dass LGU und VCL das Projekt immer wieder verzögert haben, hegt Hilti keinen: «Letztlich haben es VCL und LGU bevorzugt, alle Instanzen durchzugehen – das ist ihr gutes Recht.» Wichtig sei, dass jetzt Klarheit herrsche.

Erwartungsgemäss enttäuscht von der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zeigen sich die Beschwerdeführer LGU und VCL. Das Urteil sei besorgniserregend, schreiben die Umweltverbände (siehe Seite 8) in einer Mitteilung. Der Staatsgerichtshof nehme auf die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers, auf den systematischen Aufbau des Gesetzes und auf den einzig sinnvollen Ablauf eines UVP-Verfahrens keine Rücksicht. Der Landtag müsse daher eine Anpassung des UVP-Gesetzes vornehmen. Tue er dies nicht, verkomme die Umweltverträglichkeitsprüfung zur reinen Alibiübung, warnen LGU und VCL in ihrem Schreiben.

Verbandsbeschwerde begrenzen

Gleichzeitig bezweifeln die beiden Umweltverbände die von den Zubringer-Befürwortern in Aussicht gestellte Verkehrsentslastung für die Lindenkreuzung und die Wohnquartiere Zagalzel, Besch und Specki. «Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die versprochene Wirkung des Industriezubringers nicht eintreten wird.» Die scheinbare Entlastung der oben genannten Wohngebiete werde zulasten des Malarschs und der Tröxlegasse gehen, die künftig noch mehr Durchgangsverkehr haben werden, warnen LGU und VCL.

Unterdessen erneuert der FDP-Abgeordnete Elmar Kindle seine Kritik am geltenden Verbandsbeschwerderecht. Zwar sei er froh, dass der Zubringer endlich gebaut werden dürfe. «Hätten sich die selbst ernannten Umweltschützer von LGU und VCL aber nicht Jahre lang quer gestellt und jedes Mittel genutzt, um das breit abgestützte Projekt zu verhindern, hätte der Zubringer längst gestartet oder sogar schon realisiert werden können.»

Beim Beschwerderecht müsse deshalb etwas passieren, fordert Kindle: «Ich könnte mir vorstellen, dass man das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung dahingehend ändert, dass das Beschwerderecht der Umweltschutzorganisationen dann nicht mehr gilt, wenn ein demokratischer Entscheid durch das Volk gefällt wurde.» Der Volksentscheid müsse über solchen Verbänden stehen, ist Elmar Kindle überzeugt.

Eine völlige Abschaffung des Beschwerderechts sei aber der falsche Weg, stellt Kindle klar: «Es ist sinnvoll, grosse Projekte im Interesse der Umwelt kritisch zu überprüfen. Aber es muss Grenzen geben.»

Filmbeitrag unter:
www.volksblatt.li

Separatsammlung von Sonderabfällen

VADUZ – Die nächste Separatsammlung von Sonderabfällen aus Haushalten wird am 28. und 29. April durchgeführt. Es können folgende Problemstoffe abgegeben werden: Abbeizmittel, Autopflegemittel, Chemikalien aller Art, Desinfektionsmittel, Düngemittel, Farben und Lacke, Fotochemikalien, Frostschutzmittel, Imprägnierungsmittel, Klebstoffe, Laugen, Medikamente, Nitroverdüner, Pflanzenschutzmittel, Reinigungsmittel, Rostschutzmittel, Säuren, Schmiermittel, Thermometer, Unterbodenschutz usw. Die Problemstoffe können wie folgt abgegeben werden. (pafl)

Dienstag, 28. April

9 bis 11 Uhr

Balzers, Deponie Altneugut

9 bis 11 Uhr

Eschen, Mehrzweckgebäude, Essanestrasse

14 bis 16.30 Uhr

Schaan, Werkhof Altstoffsammelstelle

14 bis 14.30 Uhr

Gamprin/Bendern, Werkhof Altstoffsammelstelle

15 bis 15.30 Uhr

Schellenberg, Gemeindegewerkhof Platte

16 bis 17 Uhr

Ruggell, Deponie Limseneck

Mittwoch, 29. April

9 bis 11.30 Uhr

Triesen, Werkhof Altstoffsammelstelle

13.30 bis 15.30 Uhr

Vaduz, Entsorgungszentrum Haberfeld

8.30 bis 9 Uhr

Planken, Parkplatz Dreischwestern

9.45 bis 11.30 Uhr

Mauren, Deponie Altstoffsammelstelle

14 bis 15.30 Uhr

Triesenberg, Gemeindegewerkhof Obergerufer

WEB-TV HEUTE



Grünes Licht für Industriezubringer

Täglich Filmbeiträge zu aktuellen Themen in Liechtenstein auf:

www.volksblatt.li

Beitritt zum Patentrechtsvertrag

VADUZ – Die Regierung unterbreitet dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend den Patentrechtsvertrag, die Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag und die Gemeinsamen Erklärungen der Diplomatischen Konferenz zum Patentrechtsvertrag und zur Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag, alle vom 1. Juni 2000.

Am 1. Juni 2000 konnte in Genf der Patentrechtsvertrag (Patent Law Treaty) abgeschlossen werden. Zu den Erstunterzeichnern gehörte unter anderem die Schweiz. Dieses Abkommen harmonisiert gewisse Formalitäten des Patentrechts und trägt damit zu grösserer Rechtssicherheit für die Nutzer des Patentsystems in einem zunehmend globalen Umfeld bei. Vereinheitlicht werden bestimmte Formalienfordernisse im Zusammenhang mit der Anmeldung und Aufrechterhaltung eines Patents, die nationalrechtlich sehr unterschiedlich geregelt sind. So legt der Vertrag unter anderem

die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Anmeldedatums eines Patentgesuchs fest, regelt die formellen Anforderungen an ein solches Gesuch, bestimmt die Handlungen, für welche die Bestellung eines Vertreters nicht vorgeschrieben werden darf, reduziert die Übersetzungslast und beugt dem Rechtsverlust als Folge einer ver säumten Frist vor. (pafl/red)

Jagdbeirat neu bestellt

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 21. April 2009 den Jagdbeirat für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 neu bestellt. Die Mandatsperiode des bisherigen Jagdbeirates ist am 11. April abgelaufen. Aufgrund der eingegangenen Nominierungen setzt sich der Jagdbeirat neu wie folgt zusammen:

Vorsitz: Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft

Mitglieder: Thomas Bargetze, Triesen (Vertreter der Jagdpächter), Normann Bühler, Triesenberg (Vertreter der Landwirte), Peter Malin,

Schaan (Landestierarzt), Alex Ospelt, Vaduz (Vertreter der Jagdpächter), Hubert Sele, Gemeindevorsteher Triesenberg (Vertreter der Waldeigentümer)

Ersatz: Martin Frommelt, Triesenberg (Vertreter der Jagdpächter), Alexander Hilti, Schaan (Vertreter der Landwirte), Thomas Nägele, Nendeln (Vertreter der Jagdpächter), Norman Nigsch (Stellvertreter des Leiters des Amtes für Wald, Natur und Landschaft), Albert Risch, Triesen (Stellvertreter des Landestierarztes), Norman Wohlwend, Schellenberg (Gemeindevorsteher und Vertreter der Waldeigentümer). (pafl/red)

Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 21. April 2009 einen Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes (UVerG) verabschiedet, welches unter anderem die Anwendung des Prämientarifs regelt. Mit der Änderung soll

ein Artikelabsatz gestrichen werden, welcher darauf hinweist, dass Arbeitnehmer eines Betriebes nach einzelnen Gruppen verschiedenen Klassen und Stufen zugeteilt werden können. Gemäss Unfallversicherern und dem Amt für Gesundheit würde die Anwendung des Absatzes langfristig zu Prämienhöhungen führen.

Zur Prämienbemessung werden die versicherungspflichtigen Betriebe in Klassen und Stufen eingeteilt. Der Risikoverlauf dieser Klassen und Stufen bestimmt die Prämie aller darin eingeteilten Betriebe. In Artikel 80a Absatz 2 wird darauf hingewiesen, dass die Arbeitnehmer eines Betriebes auch nach einzelnen Gruppen verschiedenen Klassen und Stufen zugeteilt werden können. Die Unfallversicherer haben nun vereinbart, dass dieser Teil des Gesetzes keine Anwendung finden soll, da sie zu einigen Nachteilen für das ganze System der obligatorischen Unfallversicherung führe.

Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 31. Mai 2009. (pafl/red)